

Zeitschrift:	ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift
Herausgeber:	Schweizerische Offiziersgesellschaft
Band:	131 (1965)
Heft:	6
Artikel:	Die Reichswehr und das wehrpolitische Amt der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei
Autor:	Baum, Walter
DOI:	https://doi.org/10.5169/seals-42252

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 23.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Reichswehr und das wehrpolitische Amt der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei*

Von Walter Baum, Oldenburg

«Für Willy Andreas»

I.

Zumindest seit dem Scheitern des Münchener Putsches vom 9. November 1923¹ war sich Hitler über die Bedeutung der Reichswehr als eines auch innenpolitisch entscheidenden Faktors im klaren². Konnte er die Armee in der Folge nicht für sich gewinnen, mußte er sie wenigstens neutral zu halten suchen. In diesem Sinne vertrat er – nach einer taktischen Schwenkung seiner äußeren Einstellung – seit 1931 die Konzeption einer «unpolitischen» Wehrmacht, die Seecktschen Geist zu atmen schien. Daraus folgte für ihn, alles zu vermeiden, was nach dem Versuch einer parteipolitischen Bevormundung der Reichswehr oder einer Einnischung in ihre Belange aussah.

Wohl vor allem deshalb gab es zunächst auch kein Wehrpolitisches Amt der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP). Obschon Hitler die Partei beauftragt hatte, rechtzeitig die Vorform «ihres» Staates in ihrer Mitte zu entwickeln, um damit im Augenblick der «Machtübernahme» den «Unstaat» zu ersetzen³, fehlte ein Wehrpolitisches Amt in der Reihe der verschiedenen Fachämter der Reichsleitung. Mehrfache Vorstöße Epps, ein solches zu begründen, wies Hitler so nachdrücklich ab, daß dieser seine Bemühungen schon einstellen wollte⁴. Bemerkenswerterweise war es dann Röhm, der seine Errichtung im Herbst 1932 doch durchsetzte, nachdem ihn der eigentliche Anreger – der damalige militärisch stark interessierte Mitarbeiter am «Völkischen Beobachter» Gerhard Binz – um Unterstützung gebeten hatte. Der unmittelbare Erfolg von Röhms Intervention – der vorgelegte Entwurf wurde bereits am folgenden Tage (9. September 1932) fast unverändert genehmigt – dürfte für einen damals starken Einfluß des «Stabschefs» auf Hitler sprechen, der seine früheren Bedenken nun zurückstellte und eine gefährliche Reaktion der Reichswehr in Kauf nahm. Wie weit Hitler schon zu diesem Zeitpunkt beabsichtigte, Röhm mit der Reichswehr einerseits, mit der Partei andererseits auseinanderzubringen, muß dahingestellt bleiben. Vielleicht tut man ihm mit solcher Unterstellung doch zuviel Ehre an, indem man rationales Denken voraussetzt, wo nur ein «Wegelagererinstinkt» vorhanden war; erst nach langem Zögern und mehr getrieben als treibend ging er später gegen den «Stabschef» vor, nutzte dann jedoch die günstige Gelegenheit mit aller Brutalität für sich aus⁵.

Die eigenen militärischen Ambitionen Röhms scheinen nämlich bei der Hilfestellung nicht maßgebend gewesen zu sein, vielmehr seine Anhänglichkeit an Epp, den einstigen Infanterieführer VII, dessen Generalstabsoffizier er gewesen war. Als Praktiker, der er war, vertraute Röhm lieber seinen Milizen als einem «Büro» und benutzte das Amt, obwohl es der Obersten SA-Führung angeschlossen wurde⁶, nicht zur Durchführung seiner Pläne. Nebenbei ergriff er die Gelegenheit, die Partei, zu der er stets in einem latenten Gegensatz stand, zu brüskieren. Sie reagierte entsprechend verärgert, vermied aber längere Auseinandersetzungen, weil sie sich an den «Stabschef» noch nicht heranwagte und weil die neue Instanz nicht auf sie angewiesen war. Daß sich das Wehrpolitische Amt dann schon bald – von Röhm

sich selbst überlassen und in Unkenntnis von dessen Zielen – zum «politischen» Gegner des «Stabschefs» entwickelte, war eine Ironie des Schicksals. Wenn Röhm trotzdem nicht auf seine Auflösung drängte, geschah das wiederum mit Rücksicht auf Epp, der dem alten Kameraden seinerseits die Treue am 30. Juni 1934 durch mutiges Eintreten für ihn bei Hitler lohnte – ohne indes den Verfemten retten zu können⁷.

Zum nominellen Leiter des Wehrpolitischen Amtes war Generalleutnant a.D. Ritter von Epp bestellt worden, der seit Mai 1928 der Partei angehörte und gelegentlich im Reichstag wie zuletzt als «Beobachter» auf der Genfer Abrüstungskonferenz als Wehrexperte der NSDAP hervorgetreten war⁸. Die Seele des Amtes wurde freilich sein Begleiter in Genf: der Oberst a.D. Haselmayr. Dieser war nach einer zunächst erfolgreichen Laufbahn im Jahre 1928, angeblich wegen nationalsozialistischer Gesinnung, verhältnismäßig jung aus der Reichswehr ausgeschieden⁹. Noch im selben Jahre trat er der NSDAP bei. Nach einem vorübergehenden Studium in München begann er 1929, sich publizistisch zu betätigen¹⁰, und gründete Anfang 1930 (18. Januar 1930) eine «Arbeitsgemeinschaft für deutsche Wehrverstärkung». Sein Interesse galt Abrüstungsfragen beziehungsweise dem Problem der deutschen Aufrüstung, wobei er im Sinne der Reichswehr für eine personell begrenzte Wiederbewaffnung eintrat¹¹ und damit in Gegensatz zu Hierl geriet. Dieser forderte damals – dem Parteiprogramm folgend – völlige Rüstungsfreiheit auf der Grundlage der allgemeinen Wehrpflicht. Hitler entschied den parteiinternen Streit – seiner Linie gegenüber der Wehrmacht getreu – gegen Hierl, der seitdem aus der wehrpolitischen Arbeit der Partei ausgeschlossen blieb und sich ein neues Feld in der Organisation des Arbeitsdienstes suchte¹². Für Haselmayr aber stand danach eine parteiamtliche Laufbahn im Ressort «Wehrpolitik» offen, und als der eigentliche geistige Vater des Wehrpolitischen Amtes (WPA), Binz, wegen seiner dienstlich-journalistischen Belastung nicht Geschäftsführer werden konnte¹³, war es natürlich, daß Haselmayr dazu bestellt wurde.

Die Aufgaben des Wehrpolitischen Amtes wurden von seinen Gründern nur sehr vage umrissen. Auf jeden Fall wollte es über eine bloß innerparteiliche Tätigkeit hinaus wirksam werden und forderte nach dem Grundsatz der NSDAP die allgemeine «politische» Führung auf seinem Gebiet, wobei es dem «Staat» die Exekutive überlassen wollte. Hiermit wollte es die Reichswehr auf rein technische Funktionen – die Ausbildung und Bewaffnung der Soldaten – beschränken und Fragen wie die der Form der künftigen Wehrmacht oder ihrer Erziehung sich selber vorhalten¹⁴. In diesem Sinne suchte Haselmayr Hitler mit einer Denkschrift vom Winter 1932/33 zu beeinflussen, jedoch ohne sichtbaren Erfolg. Inzwischen hatte sich für diesen die Lage nämlich bereits dahin entwickelt, daß sich das WPA als unerwünschte Belastung erwies. Konnte er es indes mit Rücksicht auf Röhm und Epp wie aus persönlicher Unentschlossenheit nicht im günstigen Zeitpunkt der «Machtergreifung» auflösen, so ignorierte er es wenigstens ostentativ, und eine Antwort auf das Memorandum blieb aus¹⁵.

In dieser Lage mußte das Wehrpolitische Amt bestrebt sein, mit der Reichswehrführung äußerlich zu einem Einvernehmen zu gelangen. Dort war die Einstellung an der obersten Spurze nicht einheitlich. Die erste Reaktion bei der Gründung war – abgesehen von einem offiziösen unfreundlichen Kommentar in der

* Die Studie beruht vornehmlich auf ehemaligen Geheimakten des Reichskriegsministeriums, die bisher ungedruckt sind und die im Archiv die Signatur «OKW/957» trugen.

«Deutschen Wehr» – zurückhaltend gewesen¹⁶. Offenbar hatte die damalige Führung unter Schleicher es aber nicht für nötig gehalten, sofort Gegenmaßnahmen zu ergreifen¹⁷. Jetzt war Blomberg dazu noch weniger geneigt, während sein erster Gehilfe im Ministerium, Reichenau, die gegenteilige Ansicht vertrat. Einig in ihrer Haltung zum Nationalsozialismus und in ihren militärischen Zielen, waren sie im Temperament verschieden und stimmten daher in der Wahl des Weges nicht immer überein¹⁸. So verhinderte Blomberg, obwohl ihm die drohende Gefahr eines Dualismus in der Wehrpolitik vor Augen geführt wurde¹⁹, durch seine Konzilianz das von Reichenau gewünschte derbe Zupacken und damit einen Schock für die Partei, der sie in den Anfängen ihrer Herrschaft vielleicht empfindlich getroffen hätte. Hitler andererseits wird mit Befriedigung wahrgenommen haben, wie seine Zusagen – an Hindenburg vor der Betrauung mit der Kanzlerschaft sowie danach in seiner Rede vom 3. Februar in Hammersteins Haus an die Generalität – ihre Wirkung auf den neuen Reichswehrminister nicht verfehlt hatten.

Die unterschiedliche Einstellung zum Wehrpolitischen Amt offenbarte sich bereits bei der ersten Fühlungnahme der beiden konkurrierenden Instanzen. Als Haselmayr im März 1933 auf Wunsch von Epp bei Reichenau wegen einer «Zusammenarbeit» vorstellig wurde, erklärte dieser seinem Besucher unverblümt bei der Begrüßung: «Das Reichswehrministerium erachtet das Wehrpolitische Amt für überflüssig²⁰.» Dieses habe nur einen Sinn gehabt, solange die Partei in Opposition gestanden habe. Jeden Versuch eines Einwandes lehnte Reichenau rundweg ab, so daß die Besprechung ebenso kurz wie fruchtlos für den Parteivertreter verlief. Haselmayr mußte zu seiner Enttäuschung sehen, wie sehr er sich der Beurteilung Reichenaus, den er von einer früheren Generalstabsreise her flüchtig kannte und seinen Ideen für zugänglich hielt, verschätzte hatte.

Die Entscheidung über die Zukunft des Amtes lag demnach bei Hitler, der auf eine Meldung Epps über die gescheiterten Verhandlungen mit der Wehrmachtführung befahl, es bestehen zu lassen. Es ist kaum anzunehmen, daß er sich damals schon getraut hätte, gegen die Reichswehrführung Front zu machen, wenn die Haltung Blombergs anders gewesen wäre. Dieser aber ging sogar so weit, Reichenaus schroffe Ablehnung des Amtes bei einer folgenden Unterredung mit Haselmayr (5. Mai 1933) zu desavouieren. Freilich hatte er inzwischen von Hitler beruhigende Zusicherungen erhalten: Die Reichswehr solle die Sache nicht so ernst nehmen. Er selber – Hitler – gebe nichts auf Haselmayrs Ansichten²¹. So hatte sich der Reichswehrminister, voll gläubiger Nachgiebigkeit gegen die Person Hitlers, dazu bestimmen lassen, sich «doch zu vertragen» – und dem «Führer» war eine Entscheidung erspart, mit der er alte und prominente Parteigenossen hätte verschupfen können. Die Wehrmachtführung hielt still, und Hitler hatte für alle Fälle ein billiges Kompensationsobjekt in der Hand.

Wie weit diese Krise für die folgende Umorganisation des Amtes verantwortlich war, ist nicht zu ersehen. Jedenfalls nahm Epp Ende Mai 1933 wegen der «politischen Entwicklung der letzten Zeit» einige Änderungen und Ergänzungen vor²². Hier von erhielt Reichenau, der trotz – oder vielleicht gerade wegen – der Haltung Blombergs wachsam blieb, nur durch die Presse Kenntnis. Seine Forderung vom 8. Juni an den Berliner Vertreter des Amtes, ihm eine Geschäftsordnung und eine Übersicht über die neuen Aufgabengebiete zu übersenden²³, wurde von der Münchener Zentrale aufschiebend beantwortet: die Neuordnung sei noch nicht abgeschlossen²⁴. Erst am 30. August wurde das gewünschte Material übersandt²⁵.

Die damit verbundene Antwort des Amtes war bezeichnend;

denn obschon formal richtig, enthielt sie nur die halbe Wahrheit. In der Zwischenzeit hatte sich nämlich der zum Stellvertreter Epps und zum «Obersten» Geschäftsführer avancierte Haselmayr bemüht, dem Chef der Marineleitung den Konteradmiral a.D. Rümann als Referenten für Marinefragen zu präsentieren und jenen um Zusammenarbeit mit dem WPA gebeten²⁶. So weit war dessen Neuordnung also doch schon vorgeschritten, daß Haselmayr versuchte, bei Raeder zum Zuge zu kommen, bevor das Reichswehrministerium etwa neue Bedenken anmeldete. Die Hoffnung, es werde sich nach einem Erfolg des WPA beim OKM mit der vollendeten Tatsache abfinden, war jedoch verfehlt; denn das OKM gab das Schreiben Haselmayrs unerledigt an das Reichswehrministerium ab.

Auf der anderen Seite versuchte das Amt jetzt, mit der «Sturmabteilung» (SA) in positive Verbindung zu treten²⁷. Damit besann es sich endlich auf seine Herkunft, fand jedoch auch beim «Stabschef» nicht viel Wohlwollen, weil seine wehrpolitische Konzeption dessen letzten Zielen zuwiderlief. Ohnehin konnte die angestrebte gemeinsame «Propagandafront» nicht hergestellt werden, weil das Reichswehrministerium sofort zum Gegenangriff überging. Da sich das Amt in Abrüstungsfragen einmischt und in pseudooffizieller Weise Lösungen verfocht, die denen der zuständigen Instanzen des Reichswehrministeriums und des Auswärtigen Amtes widersprachen²⁸, fiel es der Wehrmacht nicht schwer, Bundesgenossen zu finden. Auch das Propagandaministerium konnte gewonnen werden, zumal da Goebbels bei dem Hitler vorzulegenden Regelungsvorschlag eigener Einfluß zugesichert wurde. Indes vermied Hitler nach seiner Art wiederum eine klare Entscheidung. Es gelang nicht einmal, Haselmayr auszuschalten, der im Propagandaministerium mit dem WPA gleichgesetzt wurde und dessen Betriebsamkeit dort mit persönlichem Ehrgeiz und Verärgerung über vermeintliche Zurücksetzung erklärt wurde²⁹.

Von der SA ohne Unterstützung gelassen, wich das Wehrpolitische Amt vorsichtig zurück. Haselmayr beeilte sich, den damaligen Major Foertsch am 10. Oktober dahingehend zu beschwichtigen, daß das Amt keine Konkurrenz mit dem Reichswehrministerium beabsichtige, sondern innerhalb der Partei «das Verständnis für die Reichswehr heben» und andere Vorarbeiten in deren Sinne leisten wolle³⁰. Gegenliebe fand er trotzdem nicht. Denn obwohl die Reichswehrführung schon damals Konflikte mit Röhm hatte, hielt sie die Hilfe des WPA zur «Hebung des Verständnisses» für die Reichswehr innerhalb der Partei um so weniger für erwünscht, als nach ihrem Eindruck Haselmayr die alleinige politische Aufsicht über die Armee ausüben wollte³¹. Daß er mit Röhm an einem Strange ziehe, glaubte sie daher nicht – und dies mit Recht. Die verschiedenen Besprechungen des WPA mit den wehrpolitischen Referenten der SA-Obergruppen beunruhigten sie deshalb nicht weiter³²; denn tatsächlich dienten diese Konferenzen mehr der SA als dem WPA, indem diese dort für die Wehrziele Röhms Stimmung zu machen suchte, indes weder ein Bündnis anstrebe noch dem Amt künftigen Einfluß zugestand³³.

Inzwischen hatte das Wehrpolitische Amt eine Krise, die ihm hätte verhängnisvoll werden können, glimpflich überstanden. Die Geheime Staatspolizei (Gestapo) nahm es aufs Korn. Wiederholte Klagen, nicht nur vom Reichswehrministerium, sondern auch von Röhm oder vom «Chef des Ausbildungswesens der SA», eingegangen, ohne daß sie eine Handhabe zum Eingreifen gehabt hätte. Nun glaubte Diels, der tatsächliche Leiter der Gestapo, im Oktober 1933 endlich einen Grund zum Eingreifen gefunden zu haben³⁴. Bei Ermittlungen gegen einen jüdischen Bankier wurde nämlich festgestellt, daß

der Leiter der Berliner Stelle des WPA diesen ohne amtliche Ermächtigung beauftragt hatte, zum Beispiel bei Körting in Hannover festzustellen, wie weit die Firma zur Produktion von Rüstungsmaterial – Ladestreifen, Munitionskarren, Motoren – vorbereitet sei. Dadurch konnte nicht zu Unrecht der Eindruck einer bevorstehenden Aufrüstung größeren Stils erweckt werden; und da diese angebliche deutsche Absicht über verwandtschaftliche Beziehungen des Bankiers in der Schweiz der englischen Abrüstungskommission in Genf zugetragen wurde, war nach Meinung der Gestapo der Tatbestand des – mindestens fahrlässigen – Landesverrats gegeben. Diels bat Göring daher um die Genehmigung, gegen das WPA vorgehen zu dürfen. Auch Reichenau befaßte sich mit dem Fall³⁵. Doch sosehr er es gewünscht hätte, konnte seines Erachtens bei einer juristischen Aktion nichts herauskommen. Die Handlungsweise des Berliner WPA-Vertreters war wohl bezeichnend für die Ambitionen des Amtes, der Beweis des Landesverrats indessen schwer zu führen; und so schlug der Chef des Ministeriums vor, statt strafrechtlich vorzugehen, lieber «auf politischer Ebene» Ordnung zu schaffen. Blomberg stimmte zu. Die Folge war ein Schritt bei Heß, dessen Wirkung aber nur mäßig war. Der WPA-Vertreter erhielt eine parteiamtliche Rüge, «zumindest sehr leichtfertig» gehandelt zu haben, und dem Amt gegenüber wurde ausdrücklich festgestellt, es habe sich um Rüstungs- oder Abrüstungsfragen nicht zu kümmern³⁶.

Damit gab sich die Reichswehrführung vorerst zufrieden. Sie erkannte die Antwort aus dem Stabe von Heß sogar als «erfreuliche Klarstellung durch die Partei» an³⁷. Vielleicht machte die bereits früher gezeigte Konzilianz Blombergs es Reichenau unmöglich, alle Hebel in Bewegung zu setzen. Vor allem aber wollten beide wohl in einer Zeit, als von Seiten Röhms und der SA viel drohendere Gefahren heraufzogen, die politische Leitung der Partei nicht unnötig verärgern und beschieden sich daher mit der Hoffnung, das WPA werde eines Tages von allein «wegen innerer Kraftlosigkeit eingehen³⁸.

Tatsächlich fehlte dem Amt eine kräftige Stütze, denn Epp hielt sich sehr zurück, und dessen Stellung als Reichsstatthalter in Bayern konnte ihm unmittelbar nur wenig nützen. Deshalb suchte Haselmayr beim Reichsinnenministerium Hilfe, wurde jedoch abgewiesen³⁹. Frick betrachtete den aufgeblähten und hektisch betriebsamen Apparat recht unwillig⁴⁰ und machte seinem Ärger sogar gegenüber Binz Luft, der ins Reichsinnenministerium gelangt war und mit dem Amt nichts mehr zu tun hatte.

Zwischen allen Stühlen sitzend, mußte sich das Wehrpolitische Amt schließlich auf sich selbst besinnen und seine Position zu klären suchen. Diesem Zweck dienten die Neugliederung vom 1. April 1934⁴¹ und eine Denkschrift an die Adresse der SA⁴², in der es zäh auf seinen alten Ansprüchen beharrte. Indem es sich als «die für Wehrfragen innerhalb der Partei zuständige Stelle» erklärte, ließ es der SA mit ein paar «Wegen der Wehrerziehung außerhalb des Heeres» nur magere Aussichten übrig. Kein Wunder, daß es mit solchen Auffassungen nicht das Wohlwollen der SA erringen konnte, deren Ziele – soweit sie sich unmittelbar belegen lassen⁴³ – damals längst darüber hinaus gingen. Immerhin hatte sich das WPA beim Konflikt zwischen SA und Reichswehr auf die «richtige» Seite geschlagen.

Dies rettete es davor, in die Ereignisse des «30. Juni» verwickelt zu werden. Hätte das Amt sich auch gern der Reichswehr «politisch» übergeordnet, so überließ es ihr doch die Exekutive und damit faktisch die Entscheidungen. Für die Reichswehr bestand daher nicht die gleiche Notwendigkeit, auf die Beseitigung des WPA und seines Hauptvertreters zu drängen wie auf die

Röhms, und die SA-Führer Epp und Haselmayr gesellten sich nicht zu den Opfern von Stadelheim.

Nachdem das Amt die «Säuberung» überlebt hatte, bemühte sich Haselmayr mit frischen Kräften, die Position für die Zukunft zu sichern. Als «Antwort» auf offiziöse Schriften der Wehrmacht verfaßte er ein Memorandum über «Wehrpolitik und wehrpolitische Erziehung», das nach Billigung von Heß bei Hitler eingereicht wurde⁴⁴. Die Reichswehrführung erfuhr zunächst nur durch loyale Informationen von privater Seite davon⁴⁵, zumal da das Elaborat «aus außenpolitischen Gründen» nur als Manuskript gedruckt wurde – und lehnte es ab, nachdem sie später doch offiziell doch davon Kenntnis erhalten hatte⁴⁶. Ferner wurde die Wehrbeilage des «Völkischen Beobachters» nach München verlegt und der Herausgeber, Kapitän zur See a.D. Kuntze, der bisher gute Verbindung zum Reichswehrministerium gehalten hatte, dorthin versetzt⁴⁷. Haselmayr griff also erneut an, beziehungsweise seine neuen Maßnahmen wurden von der Reichswehrführung als Kampfansage betrachtet. Nunmehr änderte selbst Blomberg – wenn auch nicht ohne kräftige Vorstellung von Seiten der Abteilung «Inland» – seine bisher so konziliante Haltung⁴⁸. Epp fuhr daher um die Jahreswende 1934/35 lieber persönlich zu einer Aussprache über die genannte Denkschrift nach Berlin, als daß er es seinem Geschäftsführer überließ. Er erzielte aber auch so keinen Erfolg: Blomberg war mit schönen Worten nicht mehr zu einer Einigung zu bewegen⁴⁹.

Daraufhin versteiften sich die Fronten noch mehr. Es begann ein publizistischer Kleinkrieg, in dem das WPA Schriften seiner Mitarbeiter erscheinen ließ, deren Thesen mit der zuständigen Instanz nicht vorher abgesprochen waren⁵⁰ und in dem sich das Amt sogar bewußter Unwahrheit als eines Kampfmittels bediente⁵¹. So war schließlich selbst die Aufrechterhaltung korrekter privater Beziehungen zwischen Blomberg und Epp in Frage gestellt.

Die Lösung kam beiden Teilen überraschend. Im Jahre 1934 hatte Blomberg von Hitler die Zusage erhalten, er werde das Wehrpolitische Amt nach Einführung der allgemeinen Wehrpflicht auflösen; vorher könne er es der Partei nicht zumuten. Der genaue Zeitpunkt des Versprechens ist nicht mehr feststellbar; möglich ist, daß Hitler es der Reichswehr im Hinblick auf das erwartete Ableben Hindenburghs gab⁵². Die Hoffnungen auf die Erfüllung der Zusage waren damals noch recht unbestimmt, doch hatte die Wehrmacht ihren «Wechsel» wohl verwahrt und hielt ihn griffbereit in Reserve. Als nun der langgehegte Plan, die allgemeine Wehrpflicht wieder einzuführen, durch einen unvorhergesehenen, plötzlichen Entschluß Hitlers in die Tat umgesetzt wurde⁵³, holte Foertsch den «Schein» sogleich hervor und über gab ihn Reichenau, der ihn unverzüglich weiterreichte. Daraufhin löste Hitler das Wehrpolitische Amt mit Verfügung vom 19. März 1935 auf, da «seine Aufgabe erloschen» sei⁵⁴.

Das WPA wurde von dieser Auswirkung der historischen Ereignisse auf sein Schicksal völlig überrascht. Haselmayr war daher nicht in der Lage, Gegenminen zu legen. Er erfuhr von der vollzogenen Tatsache fast nur zufällig und nebenbei durch Hitlers Adjutanten Wiedemann. «Dienstlich» wurde er erst am 6. April informiert⁵⁵. Epp als der nominelle Leiter scheint keinen Widerstand geleistet zu haben, und Haselmayr mußte sich notgedrungen mit dem Fait accompli abfinden. Offizieller Dank zugleich mit der Beförderung zum General a.D. für Epp⁵⁶ und zum Generalmajor a.D. für Haselmayr waren die Trostpreise. Die Auflösung des Amtes zog sich noch eine Zeitlang hin, weil Heß mit den Durchführungsbestimmungen auf sich warten ließ. Am 30. September endlich schied Haselmayr persönlich aus; ein Nachkommando besorgte den Rest, und das WPA als Institution gehörte der Vergangenheit an.

Was der Reichswehrführung als ein bemerkenswerter Abwehrerfolg gegenüber der Partei erschien⁵⁷, war kein Sieg und hatte Hitler kein Opfer gekostet. Im Gegenteil: Er hatte erneut auf billige Weise ihr Vertrauen gewonnen⁵⁸. Indem er äußerlich und ostentativ nachgegeben hatte und seine Zusagen hielt, wiegte er ihre Führung weiter in trügerische Sicherheit über seine wahre Einstellung. Sie wurde nicht einmal mißtrauisch gegen ihn, als Haselmayr seine Bestrebungen unter dem offensichtlichen Schutz des «Stellvertreters des Führers» fortsetzen konnte. Die Reichswehrführung war jedenfalls die nächsten Jahre in steter Sorge, daß das Wehrpolitische Amt in neuer, getarnter Form wiederauflebte, ohne Hitler selbst dafür verantwortlich zu machen.

Haselmayrs Ausgangsstellung für die Fortführung des Kampfes gegen die Wehrmacht war seine parteioffizielle Funktion bei der «Parteiamtlichen Prüfungskommission» und bei der «Reichsstelle zur Förderung des deutschen Schrifttums». Von dort her durchkreuzte er die offiziöse Wehrpropaganda, indem er Werke, mit denen die Wehrmacht übereinstimmte oder die sie gefördert wissen wollte, durch seine Gutachten «abwürgte». Anläßlich eines solchen Falles kam es zu einem schweren Zusammenstoß zwischen Blomberg und der «Reichsstelle», bei der sich das diesmal wieder angerufene Propagandaministerium, voran Goebbels⁵⁹, auch gegen die Reichswehr stellte⁶⁰. Weil der Reichskriegsminister jedoch nicht locker ließ und über die Bereinigung des Einzelfalles hinaus eine grundsätzliche Sicherung seines Mitspracherechts bei der Beurteilung wehrpolitischer Literatur verlangte, wich der Leiter der «Reichsstelle» zurück⁶¹. Die Absprache war freilich zweideutig und für die Wehrmacht nur dadurch annehmbar, daß neue Lektoren nach den Vorschlägen des Kriegsministeriums eingesetzt wurden⁶². Haselmayr selbst wurde Ende März 1936 «ausgebootet» und an seiner Stelle der Vertrauensmann der Reichswehr, Generalleutnant a.D. von Cochenhausen, übernommen⁶³.

Für noch gefährlicher als seine kritisch rezensierende oder eigene schriftstellerische Tätigkeit⁶⁴ hielt die Wehrmachtführung Haselmayrs «Arbeitsgemeinschaft für wehrgeistige Forschung», die er im September 1935 gegründet hatte. Wenn er nach der Auflösung des WPA hatte zusagen müssen, sich in Zukunft einer «wehrpolitischen» Arbeit zu enthalten, so schien die neue Firma dem zu widersprechen. Blomberg ließ daher sowohl Haselmayr wie der Partei deutlich mitteilen, daß ein Wiedererstehen des WPA in dieser Verkleidung nicht gewünscht werde⁶⁵. Die formale Höflichkeit des Reichskriegsministers, der seine Haltung als nicht persönlichen, sondern rein sachlichen Motiven entstammend aufgefaßt wissen wollte, wurde freilich als Schwäche ausgelegt. Haselmayr befolgte den Wink nicht, sondern wandte sich sogar werbend an das Oberkommando des Heeres, indem er auf Spannungen zwischen Blomberg und Fritsch spekulierte. Fritsch hielt sich indes persönlich aus der ganzen Sache heraus und ließ den Antragsteller an das Kriegsministerium verweisen⁶⁶.

Damit war Haselmayr wieder «am toten Punkt» angelangt. Kam er bei den aktiven Soldaten nicht weiter, versuchte er es jetzt bei den Veteranen. Er bat den «Kyffhäuser» um Unterstützung, und Oberst a.D. Reinhard sagte sie ihm in Unkenntnis der Lage zunächst einmal zu⁶⁷. Daraufhin fuhr die Reichswehrführung schweres Geschütz auf. Blomberg beschwerte sich am 23. November energisch bei Heß: «Für die nationalsozialistische Gesinnung und Haltung der Wehrmacht bin ich allein dem Führer und Obersten Befehlshaber verantwortlich⁶⁸.» Hitlers militärischer Adjutant Hoßbach, der «Führer» selbst sowie die

Oberbefehlshaber der drei Wehrmachtteile erhielten Abschriften des Briefes zur Kenntnis.

Einen Erfolg erbrachte der Schritt nicht, denn die Partei – auch in Gestalt des «Obersten Befehlshabers» – blieb stumm – und Blomberg gab sich zufrieden. Die Wehrmacht konnte nur intern vor der Nachfolgeorganisation des WPA warnen⁶⁹, erhielt aber keine Vollmacht, öffentlich dagegen vorzugehen. Haselmayr konnte ungestört weiterarbeiten⁷⁰ und für seine Ideen werben⁷¹.

Inzwischen war in der Wehrmachtführung eine personelle Änderung vor sich gegangen, indem im Oktober 1935 der spätere Generalfeldmarschall und «Chef des OKW» Keitel dem nach München versetzten Reichenau als Chef des Wehrmachtamtes gefolgt war. Obwohl anfangs noch nicht Hitler und dem Nationalsozialismus so hörig wie später⁷², war er von Natur aus versöhnlicher als sein Vorgänger. Er beschränkte sich daher noch im Dezember 1935 auf eine Warnung vor etwaigen Einmischungen in die Belange der Wehrmacht, ohne konsequent gegen die «Arbeitsgemeinschaft» nachzustossen⁷³. Erst ein Hilferuf Cochenhausens, des Präsidenten der «Gesellschaft für Wehrpolitik und Wehrwissenschaften», machte ihn mobil⁷⁴. Das Reichskriegsministerium hatte diese Gesellschaft als einzige Organisation ihrer Art anerkannt und unterstützte sie⁷⁵. So hielt es nun auch Keitel für «endlich Zeit», gegen Haselmayr vorzugehen. Er veranlaßte Blomberg, am 19. Februar 1936 nochmals bei Heß vorstellig zu werden, und schickte Abschriften des Briefes an die sachlich beteiligten Ministerien sowie an Rosenberg und Bouhler⁷⁶ (Parteikanzlei). Die Bitte um Mitteilung des Veranlaßten zwang Heß eine Antwort auf.

Hitler wurde nicht wieder angerufen. Blomberg sonderte ihn von der «Partei» ab, das heißt, er verkannte ihn. Heß andererseits ließ sich länger Zeit mit der Antwort, als man beim Range des Beschwerdeführers hätte vermuten sollen, und inzwischen machte Haselmayr das Maß voll. In einem Rundschreiben, in dem er sich mit dem französisch-russischen Beistandspakt beschäftigte, sagte er für den Fall der Ratifizierung die Aufkündigung von Locarno und die Besetzung des Rheinlandes voraus⁷⁷. Ob er auf Grund seiner Parteibeziehungen besser unterrichtet war als der größte Teil der «zuständigen» deutschen Instanzen oder ob seine Prophezeiung nur eine treffende Kombination, gepaart mit politischer Taktlosigkeit, darstellte, muß offen bleiben: Jedenfalls handelte es sich nach Lage der Dinge um eine erhebliche Gefährdung der Reichssicherheit. Trotzdem lehnte Heß ab, endgültig gegen Haselmayr vorzugehen. Er erwiderte Blomberg ausweichend, es handle sich bei der «Arbeitsgemeinschaft» um keine Parteieinrichtung, so daß er zum Eingreifen außerstande sei. Immerhin bequemte er sich, um ein Alibi zu haben, zu einem Erlaß innerhalb der Reichsleitung, mit dem er eine Unterstützung der «Arbeitsgemeinschaft» untersagte⁷⁸.

Tatsächlich nannte sich die «Arbeitsgemeinschaft» «überparteilich». Doch was hatte das im Einparteienstaat zu bedeuten? Wie schon die Verzögerung der Antwort von Heß zeigte, wollte die Partei bewußt nicht einschreiten, obwohl sie sonst keinem Sportklub oder Philatelistenverein die «Gleichschaltung» ersparte. Wenn sie hier die private Sphäre so angelegentlich respektierte, war das nichts als ein taktisches Manöver zur Dämpfung des Gegners, der die Zusammenhänge noch nicht durchschaute oder sie nicht sehen wollte. Die «untergründige» Verbindung Haselmayrs mit der Partei wurde bald von neuem offenbar, als Heß dessen offiziöse Veröffentlichung «Wehrgeistiges Schrifttum» anerkannt wissen wollte, obwohl sie den Richtlinien Hitlers über die Aufgabe und Stellung der Armee, wie er sie auf dem Reichsparteitag 1935 gegeben hatte, widersprach⁷⁹. Jetzt bewährte sich aber das Recht des Kriegsministe-

riums auf Mitwirkung bei der Beurteilung militär-politischer Literatur, und die Arbeit wurde abgelehnt.

Da die Wehrmachtführung fester auftrat, fühlte Haselmayr allmählich doch den Boden unter sich wanken. Er suchte Halt bei der Partei, indem er eine ihm günstige autoritäre Definition des Begriffs «Wehrpolitik» wünschte⁸⁰. Überzeugt, daß der Angriff die beste Verteidigung sei, beschwerte er sich obendrein bei Blomberg über dessen Vorstöße bei Heß, wollte gleichzeitig aber in persönlicher Begegnung «Mißverständnisse» beseitigen. Die Geduld des Kriegsministers war jedoch erschöpft. Er ließ sich auf keine Verhandlungen mehr ein und schien gewillt, «jeden Dualismus auf dem Gebiet der Wehrpolitik auszuschalten und eine ganz klare Verantwortlichkeit zu schaffen⁸¹».

Bis dahin war es freilich noch weit. Die «Parteiamtliche Prüfungskommission», bei der Haselmayr – im Gegensatz zur halbstaatlichen «Reichsstelle für das deutsche Schrifttum» – als Lektor geblieben war, deckte weiter seine Wühlarbeit gegen die offiziöse Wehrpropaganda des Kriegsministeriums⁸². Ferner billigte Heß einen Umbau der umstrittenen «Arbeitsgemeinschaft». Weil sie nach dem internen Erlaß, der ihr die Unterstützung der Partei entzog, aus Mangel an Mitteln zu kranken begonnen hatte, suchte Haselmayr Hilfe bei der Industrie⁸³. Als diese sich ihm indessen auf Anraten des Reichskriegsministeriums versagte⁸⁴, baute Haselmayr die bankrote Firma zu einer «Arbeitsgemeinschaft für wehrgeistige Forschung und Bildung» um⁸⁵, der Rosenberg als Teilhaber mit seinem Kapital neues Leben einhauchen sollte⁸⁶. Statt nun wegen einer Verletzung seines eigenen Erlasses einzutreten, fühlte sich Heß in sophistischer Interpretation seines Befehls nicht länger daran gebunden und gab der «Umgründung» seinen Segen.

Ein neuer Versuch, das Reichsinnenministerium zu interessieren, schlug jedoch wieder fehl⁸⁷. Auch konnte der Plan einer «Wehrgeistigen Rundschau» nicht verwirklicht werden, weil das Kriegsministerium sich beim Propagandaministerium – taktisch geschickt – mit wirtschaftlichen Argumenten dagegen aussprach, die dort mit Rücksicht auf Anweisungen Görings als des «Beauftragten für den Vierjahresplan» nicht überhört werden durften⁸⁸. Die schon verzweifelten Bemühungen Haselmayrs, den Widerstand der Wehrmachtführung gegen ihn zu brechen, scheiterten an der jetzt bedingungslosen Weigerung Blombergs, ihn auch nur anzuhören⁸⁹. Lediglich der damalige Leiter der Abteilung «Inland», Fregattenkapitän Kieseritzky, empfing ihn noch einige Male⁹⁰. Weder große und lockende Worte noch «Vorschläge zur Güte» konnten die grundsätzlich ablehnende Haltung des Reichskriegsministeriums ändern. Es war höchstens bereit, eine private publizistische Tätigkeit Haselmayrs zu dulden und ihn dabei mit Material zu unterstützen, um ihn zufriedenzustellen und gleichzeitig zu lenken und zu kontrollieren.

Da Haselmayr das nicht genügte, mußte die Auseinandersetzung weitergehen, und die Wehrmachtführung schien bereit, «am Feind zu bleiben». Die Generalkommandos wurden angewiesen, die «Arbeitsgemeinschaft» zu überwachen, und die «Abwehr» wurde eingeschaltet⁹¹. Doch bevor es zum klärenden Zusammenstoß kam, wurde die Armee unerwartet von der Partei beziehungsweise von Hitler «überrollt»: am 4. Februar 1938⁹². Danach bestand für die «politischen» Bestrebungen Haselmayrs im Sinne der Partei kein Bedarf mehr, so daß er fallengelassen wurde. Die ganze Sache erledigte sich ohne merkliche dramatische Krise von allein. Haselmayr wurde im Krieg später noch einmal aktiviert und ein paar Jahre auf Posten im rückwärtigen Heeresgebiet verwendet, bis er Ende 1942 als Generalleutnant endgültig verabschiedet wurde. Eine «wehrpolitische» Rolle spielte er nicht mehr.

III.

Die Reichswehrführung überschätzte das WPA. Von Anfang an auf schwachen Füßen stehend, gelangte es nie zu wirklicher Bedeutung, weil parteiinterne Gegensätzlichkeiten es nicht zur Entfaltung kommen ließen und weil insbesondere weder Röhm noch Hitler ihm eine Rolle bei ihren Plänen zur «Gleichschaltung» der Armee zugeschrieben hatten. Die ganze Betriebsamkeit, die es entfaltete, entsprang der ehrgeizigen Initiative seines Geschäftsführers, der nicht einmal Einblick in die letzten «wehrpolitischen» Ziele der Partei hatte oder tatsächlichen Einfluß darauf besaß.

Dennoch vermied Hitler es jahrelang, trotz gegenteiliger Versicherungen, ein Machtwort zu sprechen und die Reichswehr von dem vermeintlichen Nebenbuhler zu befreien. Desgleichen schützte Heß nach der offiziellen Auflösung des WPA die Tätigkeit Haselmayrs, die von der Wehrmacht als Fortsetzung seiner bisherigen Arbeit betrachtet wurde. Dieses Doppelspiel ließ das Reichskriegsministerium Gefahren von seiten des WPA vermuten, die in Wirklichkeit von dorther nicht drohten. Immerhin erfüllte es, indem es die Aufmerksamkeit der Reichswehr fesselte beziehungsweise ablenkte, eine der Partei nützliche Funktion bei ihrer Auseinandersetzung mit der Armee.

Statt daß die Reichswehrführung nun wegen der offensichtlichen Illoyalität Hitlers mißtrauisch wurde, verzettelte sie sich bei Einzelaktionen an der falschen Front und versäumte, den entscheidenden Schlag gegen das Zentrum zu führen. Sie sah nicht, daß ihr Bestreben, «unpolitisch» und von parteipolitischer Bevormundung frei zu bleiben, von vornherein zum Scheitern verurteilt war. Abgesehen davon, daß sie den «Führer» nicht durchschaute, verkannte sie, daß sich seit dem 30. Januar 1933 die Grundlagen des Staates geändert hatten, daß eine überparteiliche Sonderstellung der Wehrmacht unter einem totalitären Regime ein Widerspruch in sich und ein endgültig klärender Zusammenstoß höchstens aufgeschoben war⁹³. Der ganze Kampf der Reichswehr gegen das WPA ist also beispielhaft für die Fehlbeurteilung der Lage durch ihre Führung, die ihr in den ersten Tagen des Februar 1938 so verhängnisvoll werden sollte.

Fußnoten

¹ Vergleiche allgemein: Hans Hubert Hofmann, «Der Hitlerputsch. Krisenjahre deutscher Geschichte 1920 bis 1924», München 1961; Ernst Deuerlein, «Der Hitler-Putsch», Bayerische Dokumente zum 8./9. November 1923», Stuttgart 1962; ferner: Helmut Krausnick, «Vorgeschichte und Beginn des militärischen Widerstandes gegen Hitler», in: «Die Vollmacht des Gewissens», S. 184 ff., herausgegeben von der Europäischen Publikation e.V., München 1956.

² Vergleiche Peter Bor, «Gespräche mit Halder», S. 101 f., Wiesbaden 1950.

³ Vergleiche Hitler, «Mein Kampf», S. 503.

⁴ Zeugenschrifttum Nr. 590: Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, München, auch für das Folgende.

⁵ Vergleiche Hermann Mau, «Die „zweite Revolution“ – der 30. Juni 1934», in: «Vierteljahrsschriften für Zeitgeschichte» Nr. 1/1953, S. 127 ff., und Helmut Krausnick, «Der 30. Juni 1934. Bedeutung, Hintergründe, Verlauf», in: Beilage zur Wochenzeitung «Das Parlament», B XXV/54, vom 30. Juni 1954.

⁶ «Der Völkische Beobachter» (Reichsausgabe) vom 13. September 1932.

⁷ Krausnick, «Der 30. Juni 1934», a.a.O., S. 323.

⁸ Vergleiche über Epp allgemein: Walter Frank, «Franz Ritter von Epp. Der Weg eines deutschen Soldaten», Hamburg 1934, und Josef H. Krumbach (Herausgeber), «Franz Ritter von Epp. Ein Leben für Deutschland», München 1940; ferner Harold J. Gordon jun., «Ritter von Epp und Berlin 1919 bis 1923», in: «Wehrwissenschaftliche Rundschau» 1959, S. 329 ff. – Für die Stelle oben: Krumbach, a.a.O., S. 102, 103, 104, 107, 109 ff., 111 ff.

⁹ Lebenslauf Haselmayrs, in einem Schreiben an Blomberg vom 14. April 1936: Akten des ehemaligen OKW (ungedruckt).

¹⁰ Vergleiche dafür die Broschüren Friedrich Haselmayr, «Deutsche Schicksalsstunde – Bevorstehende Entscheidung in der Wehrfrage», 1. und 2. Auflage München 1930, und «Deutschlands Recht auf Wehrverstärkung», München 1931, auch in zweiter Auflage.

¹¹ Vergleiche dafür auch Burkhardt Müller-Hillebrand, «Das Heer 1933 bis 1945. Entwicklung des organisatorischen Aufbaues», Band 1: «Das Heer bis Kriegsbeginn», S. 18, Darmstadt 1954.

¹² Zeugenschrifftum Nr. 62: Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, München.

¹³ Zeugenschrifftum Nr. 590: a.a.O.

¹⁴ Vergleiche den Artikel von Binz im «Völkischen Beobachter» vom 13. September 1932; ferner Mitteilungen von General a.D. Hermann Foertsch.

¹⁵ Zeugenschrifftum Nr. 62: a.a.O.

¹⁶ Zeugenschrifftum Nr. 590: a.a.O.

¹⁷ Vergleiche dafür jetzt auch: Thilo Vogelsang, «Reichswehr, Staat und NSDAP. Beiträge zur deutschen Geschichte 1930 bis 1932», S. 287f., Stuttgart 1962.

¹⁸ Wichtigster «Gehilfe» von Oberst von Reichenau war wiederum der damalige Major und spätere General Hermann Foertsch, der nach der Umwandlung des Schleicherschen «Ministeramtes» in das «Wehrmachtamt» (13. Februar 1934) als Leiter der Abteilung «I» (Inland) für diese politischen Fragen zuständig wurde und den Kampf überdies mit persönlicher Leidenschaft führte.

¹⁹ Mitteilung von General a.D. H. Foertsch.

²⁰ Lebenslauf Haselmayrs: Vergleiche Anmerkung 9.

²¹ Mitteilung von General a.D. H. Foertsch.

²² «Der Völkische Beobachter» vom 26. Mai 1933.

²³ Brief Reichenaus vom 8. Juni 1933: OKW-Akte.

²⁴ Antwortbrief vom 14. Juni 1933: ebenda.

²⁵ Brief vom 30. August 1933 mit Anlagen: OKW-Akte.

²⁶ Brief Haselmayrs vom 13. Juni 1933: OKW-Akte.

²⁷ Brief von Foertsch an Generalleutnant a.D. Kabisch vom 25. Januar 1934: OKW-Akte.

²⁸ Mitteilung von General a.D. H. Foertsch.

²⁹ Vergleiche Anmerkung 27.

³⁰ Meldung von Foertsch vom 11. Oktober 1933: OKW-Akte.

³¹ Mitteilung von General a.D. H. Foertsch.

³² Briefe der Berliner Geschäftsstelle des WPA vom 24. November und 25. November 1933; Rundschreiben des WPA vom 14. März 1934; Einladung vom 29. Mai 1934: OKW-Akte.

³³ Mitteilung von General a.D. H. Foertsch.

³⁴ Abschrift der Vorlage von Diels bei Göring vom 30. Oktober 1933: OKW-Akte (gedruckt, «OKW/879»).

³⁵ Vortragsnotiz vom 6. November 1933: OKW-Akte.

³⁶ Abschrift des Schreibens des Verbindungsstabes der NSDAP vom 21. November 1933: OKW-Akte.

³⁷ Ergänzende Aktennotiz vom 29. Dezember 1933 zu dem Vorgang: OKW-Akte.

³⁸ Vergleiche Anmerkung 27.

³⁹ Schreiben von Ministerialrat Erbe im Reichsinnenministerium an Reichenau vom 5. Januar 1934: OKW-Akte (gedruckt, «OKW/858»); Zeugenschrifftum Nr. 590: a.a.O.

⁴⁰ Haselmayr «kündigte» dafür dem Reichsinnenministerium die «Zusammenarbeit» auf: vergleiche Anmerkung 39 (Schreiben von Erbe).

⁴¹ Druckschrift vom 1. März 1934: OKW-Akte.

⁴² Denkschrift vom 27. April 1934: ebenda.

⁴³ Vergleiche Krausnick, «Der 30. Juni 1934», a.a.O., S. 318 (Anmerkung 5).

⁴⁴ Vergleiche Anmerkung 9.

⁴⁵ Vortragsnotiz vom 6. Oktober 1934: OKW-Akte.

⁴⁶ Zeugenschrifftum Nr. 62: a.a.O.

⁴⁷ Vergleiche Anmerkung 45.

⁴⁸ Mitteilung von General a.D. H. Foertsch.

⁴⁹ Vergleiche Anmerkung 9 und Zeugenschrifftum Nr. 62: a.a.O.

⁵⁰ Mitteilung von General a.D. H. Foertsch.

⁵¹ Es handelte sich darum, daß die «Deutsche Pressekorrespondenz» ablehnte, von der Schrift des damaligen Majors Foertsch, «Die Wehrmacht im nationalsozialistischen Staat», Kenntnis zu nehmen: Mitteilung von General a.D. H. Foertsch; ferner Schreiben Blombergs an Epp vom 9. Februar 1935, Schreiben Epps an Blomberg vom 12. März 1935, Blombergs an Epp vom 22. Februar 1935, Epps an Blomberg vom 27. Februar 1935, Schreiben des Schriftleiters der «Pressekorrespondenz» Lehnhoff an Foertsch vom 16. Februar 1935 und vom 3. März 1935; Schreiben Blombergs an Epp vom 7. März 1935: OKW-Akte.

⁵² Mitteilung von General a.D. H. Foertsch, auch für das Folgende.

⁵³ Vergleiche Friedrich Hoßbach, «Zwischen Wehrmacht und Hitler»,

S. 94ff., Wolfenbüttel 1949; vergleiche auch Gerhard Meinck, «Hitler und die deutsche Aufrüstung 1933 bis 1937», S. 96ff., Wiesbaden 1959.

⁵⁴ Verfügung Hitlers vom 19. März 1935: OKW-Akte.

⁵⁵ Lebenslauf Haselmayrs (Anmerkung 9).

⁵⁶ Obendrein wurde Epp «Chef» des Inf. Rgt. 19; vergleiche Heinz Guderian, «Erinnerungen eines Soldaten», S. 122f., Heidelberg 1951.

⁵⁷ Vergleiche Hermann Foertsch, «Schuld und Verhängnis. Die Fritsch-Krise im Frühjahr 1938 als Wendepunkt in der Geschichte der nationalsozialistischen Zeit», S. 37, Stuttgart 1951.

⁵⁸ Bemerkenswerterweise fürchteten damals gerade auch die «alten Kämpfer» den angeblich wachsenden Einfluß der Wehrmacht bei Hitler gegenüber der Partei und ihren «Gliederungen». Vergleiche Bernhard Vollmer, «Volksopposition im Polizeistaat. Gestapo- und Regierungsberichte 1934 bis 1936», S. 146f., auch S. 259, Stuttgart 1957. – Ferner Aktennotiz vom 30. November 1935 (gedruckt, «OKW/863»).

⁵⁹ Über die Schwierigkeiten, die Goebbels damals der Wehrmacht bereitete, vergleiche Schreiben des WK II vom 7. Juni 1935 an das Kriegsministerium (gedruckt, «OKW/888»); für den «Totalitätsanspruch» des Propagandaministeriums, den Hitler ausdrücklich billigte, vergleiche das Protokoll einer Ic-Besprechung vom 23. April 1937 (gedruckt, «OKW/888»).

⁶⁰ Aktennotiz vom 23. August 1935, Schreiben des Reichskriegsministeriums an das Propagandaministerium vom 14. August 1935, Schreiben der «Reichsstelle» an das Reichskriegsministerium vom 6. September 1935: OKW-Akte.

⁶¹ Vergleiche ferner Schreiben Blombergs vom 20. September 1935, Schreiben der «Reichsstelle» an das Reichskriegsministerium vom 6. September 1935 (wie Anmerkung 60), Abschrift eines Schreibens von Hagemeyer, dem Leiter der «Reichsstelle», an das Reichskriegsministerium vom 23. August 1935, Schreiben Blombergs an die «Reichsstelle» vom 9. Oktober 1935 und deren Antwort vom 12. Oktober 1935: OKW-Akte.

⁶² Schreiben Hagemeyers an das Reichskriegsministerium vom 24. September 1935: OKW-Akte.

⁶³ Vortragsnotiz vom 2. April 1936: OKW-Akte.

⁶⁴ Vergleiche dafür den Abschnitt «Die Wehrmacht» im Handbuch «Die Verwaltungssakademie», herausgegeben von Pfundtner-Lammers, Band 2, Berlin 1935.

⁶⁵ Vortragsnotiz vom 19. November 1935, Schreiben Blombergs an Haselmayr vom 23. November 1935, Vortragsnotiz vom 5. März 1936: OKW-Akte.

⁶⁶ Vortragsnotiz vom 19. November 1935: OKW-Akte.

⁶⁷ Vergleiche Anmerkung 66.

⁶⁸ Schreiben vom 23. November 1935: OKW-Akte.

⁶⁹ Schreiben des Wehrmachtamtes an die Abteilung «L» im OKW und an den Generalstab des Heeres vom 4. Dezember 1935: OKW-Akte.

⁷⁰ Lebenslauf (vergleiche Anmerkung 9).

⁷¹ Brief Cochenhausens an das Wehrmachtamt vom 21. Januar 1936: OKW-Akte.

⁷² Vergleiche Bor, a.a.O., S. 115 (Anmerkung 2); vergleiche dafür auch Keitel selbst: «Generalfeldmarschall Keitel. Verbrecher oder Offizier? Erinnerungen, Briefe, Dokumente des Chefs OKW», herausgegeben von Walter Görlitz, S. 50ff., 81ff., Göttingen u.a. 1961.

⁷³ Vortragsnotiz vom 5. März 1936: OKW-Akte.

⁷⁴ Vortragsnotiz vom 10. Februar 1936 und vom 5. März 1936: OKW-Akte.

⁷⁵ Vergleiche das «Handbuch der neuzeitlichen Wehrwissenschaften», herausgegeben im Auftrag der Deutschen Gesellschaft für Wehrpolitik und Wehrwissenschaften von Generalmajor a.D. Hermann Franke, Berlin 1936 bis 1939.

⁷⁶ Schreiben Blombergs vom 19. Februar 1936: OKW-Akte.

⁷⁷ Vortragsnotiz vom 5. März 1936 und Haselmayrs Rundschreiben vom 24. Februar 1936: OKW-Akte.

⁷⁸ Schreiben von Heß an Blomberg: OKW-Akte; Zeugenschrifftum Nr. 62: a.a.O.

⁷⁹ Schreiben der parteiamtlichen Prüfungskommission an das Reichskriegsministerium vom 18. März 1936 und dessen Antwort vom 24. März 1936; Schreiben der parteiamtlichen Prüfungskommission an das Reichskriegsministerium vom 26. März 1936 und dessen Antwort vom 31. März 1936: OKW-Akte.

⁸⁰ Vortragsnotiz vom 19. März 1936: OKW-Akte.

⁸¹ Lebenslauf Haselmayrs und Brief vom 14. April 1936 (Anmerkung 9); Schreiben Keitels an Haselmayr vom 22. April 1936 und dessen Antwort vom 29. April 1936; Schreiben Blombergs an Haselmayr vom 6. Mai 1936; Brief Haselmayrs an Blomberg vom 14. Mai 1936 und dessen Antwort vom 23. Mai 1936: OKW-Akte.

⁸² Vortragsnotiz vom 19. Mai 1936: OKW-Akte.

⁸³ Meldung des VI. AK (Münster) vom 10. Juni 1936: OKW-Akte.

⁸⁴ Schreiben des Reichskriegsministeriums vom 7. Juli 1936 an die Reichsgruppe Industrie: OKW-Akte.

⁸⁵ Schreiben Haselmayers an Blomberg vom 6. Februar 1937: OKW-Akte.

⁸⁶ Vortragsnotiz vom 8. April 1937 und Schreiben Haselmayers an Blomberg vom 6. Februar 1937; OKW-Akte.

⁸⁷ Schreiben des Reichsinnenministeriums an Blomberg vom 22. März 1937 und dessen Antwort vom 10. April 1937 und Schreiben Blombergs an Haselmayer vom gleichen Datum: OKW-Akte.

⁸⁸ Schreiben Keitels an das Propagandaministerium vom 13. April 1937: OKW-Akte.

⁸⁹ Vortragsnotiz vom 14. April 1937: OKW-Akte.

⁹⁰ Vortragsnotiz vom 20. Mai 1937; Protokolle Kieseritzkys vom 11. Mai 1937 und vom 7. Juni 1937: OKW-Akte.

⁹¹ Protokoll der Ic-Besprechung vom 14. April 1937 (gedruckt, OKW/888).

⁹² Vergleiche dazu Hermann Foertsch, «Schuld und Verhängnis. Die Fritsch-Krise im Frühjahr 1938 als Wendepunkt in der Geschichte der nationalsozialistischen Zeit», Stuttgart 1951; ferner: Hermann Gackenholz, «Reichskanzlei, 5. November 1937», in: «Forschungen zu Staat und Verfassung, Festgabe für Fritz Hartung», S. 459ff., Berlin 1958; Peter Graf Kielmansegg, «Die militärisch-politische Tragweite der Hoßbach-Besprechung», in: «Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte», Band 8, S. 268ff.; 1960.

⁹³ Diese Einsicht dämmerte Blomberg endlich in Nürnberg: Memoiren (gedruckt); vergleiche für diese Stelle aber: Telford Taylor, «Sword and Swastika. Generals and Nazis in the Third Reich», S. 152, New York, NY, 1952.

FLUGWAFFE UND FLIEGERABWEHR

Der Start zur europäischen Raumforschung

Von J. Pergent

Was als europäische Raumforschung bezeichnet werden kann, umfaßt mehrere wissenschaftliche Ausschüsse, nationale und internationale Organisationen und Finanzierungsstellen. An der Spitze dieser verschiedenenartigen Organisationen stehen eigentlich zwei Hauptorganisationen. Obschon deren Konzeption und Zielsetzung nicht ganz übereinstimmen, ist doch mit der Zeit ein Zusammenschluß denkbar. Es sind dies:

ELDO/CECLES (European Launcher Development Organization/Conseil de l'Europe pour la construction de lanceurs d'engins spatiaux);

ESRO/CERS (European Space Research Organization/Conseil européen de la recherche spatiale); Vorgänger in dieser Organisation war die COPERS (Comité préparatoire européen de recherches spatiales).

ELDO verdankt ihr Entstehen einer Initiative Englands, indem die Regierung eine Verwendung für ihre strategische «Blue-Streak»-Rakete suchte. Diese Rakete, mit einer Reichweite von 3000 bis 4000 km, wird mit flüssigem Treibstoff angetrieben. Da sie durch Feststoffraketen militärisch überholt wurde, gab man sie zur zivilen Verwendung frei.

ELDO wurde im März 1962 gegründet. Die damals unterzeichnete Konvention trat 1964 in Kraft. Ihr Ziel ist der Bau einer leistungsfähigen Rakete zum Abschuß eines Satelliten.

Folgende sechs Staaten haben sich zu finanziellen und wissenschaftlichen Leistungen verpflichtet:

Großbritannien (37 %): 1. Raketenstufe; Frankreich (24 %): 2. Raketenstufe; Deutschland (BRD) (22 %): 3. Raketenstufe; Italien (11 %): Raketenkopf (und Satellit); Belgien (3 %): Boden-Raketenstation; Niederlande (3 %): Fernmessungseinrichtungen; dazu käme Australien: Zurverfügungstellung des Schießplatzes von Woomera.

Für die erste Phase des fünfjährigen Entwicklungsprogramms wurde 1 Milliarde Francs veranschlagt. Ein anglo-französisches Vorprojekt wurde im Jahre 1961 verwirklicht und der SEREB (Frankreich) zur Weiterentwicklung anvertraut (SEREB = Société d'études et de réalisation d'engins balistiques). Diese staatliche Gesellschaft verfolgte anfänglich nur militärische Ziele; mit der Zeit ging jedoch ihre Tätigkeit immer mehr in das rein wissenschaftliche Gebiet über.

Die mehrstufige Rakete «Eldo», die als Trägerin eines schweren Satelliten dienen soll, wird folgenden Aufbau aufweisen:

1. Stufe

Rakete «Blue-Streak» mit einigen Verbesserungen.

Haupthersteller: Hawker-Siddeley und Rolls-Royce.

Treibstoffe: Kerosen und flüssiger Sauerstoff; Brenndauer: 150 bis 152 Sekunden; Gewicht: etwa 89 t, wovon 82 bis 83 t Treibstoff; Maße: Länge 18,4 m, Durchmesser 3,06 m; Schub: 140 t; Verhältnis Gewicht/Schub beim Start: 130/89 beziehungsweise 1,46.

2. Stufe

Französische Rakete, die von der «Véronique» abgeleitet wurde und deren Konstruktion beim Satelliträger «Diamant» überprüft wurde. Diese Stufe wird den Namen «Coralie» tragen, die Maquette für statische Versuche heißt «Cora».

Hersteller: Nord-Aviation und Laboratoire de recherches balistiques et aérodynamiques de l'Armée; Treibstoff und Sauerstoffträger: Dimethylhydrasine und Stickstoffhyperoxyd; Brenndauer: 97 Sekunden; Gewicht: 11,6 t beim Start, davon 9,85 t Treibstoff; Maße: Länge 5,5 m, Durchmesser 2 m; Schub: 4 verstellbare Düsen mit je 6,9 t, totale Schubkraft rund 28 t.

Für die in Vernon (Eure) vorgesehenen statischen Versuche werden sechs Modelle «Cora» verwendet werden. Zu diesem Zwecke wurde ein Prüfstand für Raketen bis zu 100 t errichtet, ein Gewicht, das ungefähr den amerikanischen Raketen «Atlas» und «Titan» entspricht. Die Versuche werden durch 154 Meßgeräte, die 768 000 Meßwerte aufnehmen können, registriert. Die französischen Hersteller konstruieren ebenfalls die beiden Zwischenstufen. Die obere Zwischenstufe weist eine zylindrische Hülle von 1,23 m und die untere eine kegelstumpfförmige Hülle von 1,72 m Länge auf.

3. Stufe

Rakete deutscher Konstruktion.

Hersteller: Firma ASAT, Erno Boelkow.

Treibstoffe: Stickstoffhyperoxyd und Aerozin; Brenndauer: 263 Sekunden; Gewicht: 3,3 t beim Start, davon 2,85 t Treibstoff; Maße: Länge 3,8 m, Durchmesser 2 m; Schub: 1 zentrales und 2 seitliche Triebwerke mit total 2,37 t Schub.

Die gesamte ELDO-Rakete wird beim Start ein Totalgewicht von 104,67 t und eine Höhe von 31,7 m aufweisen. Sie hält somit einen Vergleich mit den großen amerikanischen Raketen, deren letzte Modelle mit Festtreibstoffen angetrieben werden und daher ausschließlich militärischen Zwecken dienen, ohne weiteres aus.

Die erste Aufgabe der ELDO ist der Abschuß eines nahezu